

Antrag Bürger in Wut

„Verbindung zu Kaliningrad aussetzen“

BREMERHAVEN. Die Bürger in Wut (BIW) haben einen Antrag zur nächsten Stadtverordnetenversammlung eingereicht, die Städtepartnerschaft mit Kaliningrad auszusetzen. Die Mitteilung der Fraktionen von SPD, CDU, FDP und Grünen/PP vor einer Woche, die Städtepartnerschaft mit Kaliningrad neu bewerten zu wollen, genüge nicht, sagt BIW-Fraktionsvorsitzender Jan Tieme. Es sei ein starkes Signal gefragt. Auch die Seestadt müsse ihren Beitrag zur internationalen Solidarität mit dem bedrängten ukrainischen Volk leisten und sich an den Strafmaßnahmen gegen das Putin-Regime beteiligen. Zumal auch in Kaliningrad Atomwaffen stationiert seien, mit denen Putin gerade drohte.

Die BIW fordern daher, dass die Seestadt Bremerhaven die Städtepartnerschaft mit Kaliningrad wegen des völkerrechtswidrigen militärischen Angriffs der Russischen Föderation auf die Ukraine so lange aussetze, bis Russland seine Streitkräfte vollständig vom Staatsgebiet der Ukraine abgezogen habe und die territoriale Integrität des Landes wiederhergestellt sei. (tfs)